

**Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.**  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.372.098

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)18675/J-NR/2024

Wien, am 16. Juli 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Philipp Schrangl, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Mai 2024 unter der Nr. **18675/J-NR/2024** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Faktische Diskriminierung schwangerer wohnungssuchender Frauen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 2:**

- 1. *Welche Maßnahmen werden Sie wann setzen, um Mütter im dargestellten Zusammenhang vor dem Verlust ihrer Wohnung und Diskriminierung zu schützen?*
- 2. *Weshalb wurden im gegenständlichen Zusammenhang bisher keine Maßnahmen gesetzt?*

Die Anfrage betrifft die (faktische) Ungleichbehandlung bestimmter Bevölkerungsgruppen im Zusammenhang mit Wohnungsvergaben, nicht jedoch miet- bzw. wohnrechtliche Regelungen selbst. Allfällige Maßnahmen wären im Gleichbehandlungsrecht zu verankern und fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Justiz.

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.



